

Bonner Arbeitsministerium zu einer Krisensitzung mit den für Sozialpolitik zuständigen Vorstandsmitgliedern der DGB-Gewerkschaften. Doch niemand wußte einen Rat, wie sich der Wischnewski-Entwurf noch ändern lasse.

Eine heftige Kontroverse um das Wahlpapier auf dem SPD-Sonderparteitag Anfang Juni in Essen kann sich die Partei aus wahltaktischen Gründen schlecht leisten. Aus Furcht vor innerparteilichem Zwist hatten Wehner, Ehrenberg und seine Staatssekretäre schon in der entscheidenden Sitzung des Parteivorstands am 17. März Wischnewskis Vorlage geschluckt, ohne Widerspruch ins Protokoll zu geben.

Jetzt steht zu erwarten, daß die Sozialreformer enttäuscht das Handtuch werfen. In seinem Brief an Brandt teilte Wehner zwar noch mit, seine Arbeitsgruppe werde den dritten Teil des Auftrages — die Neuorientierung der Sozialpolitik — nach der Bundestagswahl in Angriff nehmen.

Doch seine Vertrauten wissen, daß es dazu nicht kommen wird. Nach der Wahl, so ihre Prophezeiung, werde der Altmeister seiner Gruppe nicht mehr vorstehen: „Die Parteibürokratie kann die Wehner-Kommission zu den Akten legen.“

ENTWICKLUNGSHILFE

Reiner Zufall

Bonn vergeudet, so kritisiert ein Schweizer Mediziner, Steuergelder für Empfängnisverhütung in Bangladesch.

Schon im Flugzeug nach Dacca hatte der Arzt Edwin Spirgi „ein ungutes Gefühl“, als er an seinen neuen Job dachte. In der bengalischen Region Manschigandsch wurden die bösen Ahnungen des Entwicklungshelfers aus der Schweiz zur Gewißheit.

Der Mediziner, in Diensten der bundeseigenen „Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit“ (GTZ), stieß auf ein Entwicklungsprojekt, das fern von der Praxis ausgedacht war: Spirgi sollte sich um die Geburtenkontrolle in dem asiatischen Staat kümmern, der zu den ärmsten Ländern der Erde zählt.

Schwierigkeiten gab es bereits im Gesundheitsministerium von Dacca. Spirgi solle, so bedeuteten ihm seine Gesprächspartner, die in dem Regierungsabkommen zwischen der Bundesrepublik und Bangladesch versprochenen Packungen Anti-Baby-Pillen ruhig abliefern. Alles andere würde das Ministerium dann erledigen.

Der Doktor aus Basel, als Experte zahlreicher internationaler Organisationen in der Dritten Welt häufig eingesetzt und mit den Unzulänglichkeiten der bengalischen Verwaltung bestens vertraut, ließ sich jedoch auf diesen Vorschlag nicht ein.

Er werde, erklärte er den widerstrebenden Bengalen-Beamten, das Projekt selbst in die Hand nehmen — auch wenn es ihnen nicht passe. Nach acht Wochen lenkte Dacca schließlich ein und erlaubte Spirgi, in das vorgesehene Gebiet zu fahren.

Komplikationen gab es freilich nicht nur mit den Bediensteten Bangladeschs. Als sich der Beginn der Arbeit verzögerte und Spirgi die Anti-Baby-Pillen nicht gleich an die Frauen brachte, rief dies westdeutsche Pharma-Vertreter auf den Plan. „Die fielen“, erinnert sich Spirgi, „wie die Aasgeier über mich her“ — der Arzt lehnte schließlich jedes Gespräch mit den Verkäufern ab.

Bei den Gesundheitsministerialen von Bangladesch dagegen waren die



Entwicklungshelfer Spirgi
Grundsätzliche Bedenken

Kaufleute, allesamt von der westdeutschen Schering AG, mehr gelitten. Schon im Antrag für das Projekt hatte Dacca 1977 das Bonner Entwicklungshilfe-Ministerium gebeten, die Deutschen sollten 600 000 Packungen Kontrazeptiva liefern, und zwar von der Firma Schering.

Die Bonner waren prinzipiell bereit. Nur, lautete ihre Bedingung, das Projekt dürfe sich nicht auf das bloße Verteilen von Pillen beschränken. Gleichzeitig wollten die Westdeutschen die Bengalen in ihrer Bevölkerungspolitik beraten und Gesundheitszentren errichten. Gesamtkosten des Programms: 2,21 Millionen Mark.

Ordnungsgemäß schrieb die GTZ den Pillen-Vertrag auch öffentlich aus. Daß letztlich Schering, wie von Dacca gewünscht, den Zuschlag für den 217 000-Mark-Auftrag erhielt, sei, bezeugt die GTZ, „reiner Zufall“.

Das Geld hält Spirgi mittlerweile für vergeudet. Dies nicht nur, weil, wie er bald herausfand, in einem Lagerhaus von Dacca schon seit längerem „circa 15 bis 20 Millionen Pillen-Packungen der Unicef verrotten“ — seine Bedenken gegen das Projekt 77.2004.8 sind grundsätzlicher Natur.

Die Versorgung der Einheimischen mit Empfängnisverhütungsmitteln, so merkte Spirgi auf seinen Reisen durch die Region Manschigandsch, sei sinnlos, weil Kinder für die hungernden Bengalen zum Überleben wichtig sind. Nur wer viel arbeitsfähigen Nachwuchs hat, kann seine Versorgung im Alter sichern. Soll die Geburtenrate gesenkt werden, müßte zunächst die wirtschaftliche Situation der Bevölkerung verbessert werden. Lediglich 15 Prozent aller von Spirgi angesprochenen Frauen waren überhaupt bereit, empfängnisverhütende Mittel zu benutzen.

Gesundheitszentren, wie Bonn sie vorsehe, in denen die Familien ausführlich beraten werden, seien daher, so der Mediziner, kaum sinnvoll — zumal die wenigen bereits existierenden „unorganisiert und nicht funktionstüchtig“ seien und mithin kaum auf Resonanz stießen.

Anstatt dubiose Gesundheitsprogramme der Regierung von Bangladesch zu finanzieren, forderte der Arzt, solle Bonn das Geld lieber einheimischen Entwicklungshilfe-Organisationen zur Verfügung stellen, die sich bemühten, die Ursachen der Unterentwicklung zu beseitigen: mit Kursen für Analphabeten etwa oder durch Beratung der Bauern.

Nach mehrwöchigem Trip durch die bengalische Provinz stoppte Spirgi das Bonner Projekt und schrieb einen Bericht an seine Arbeitgeber, der zur bitteren Anklage gegen die herkömmliche Entwicklungshilfe geriet.

Sein Fazit: „Es ist schiere Perversion, weiter in diese Programme zu investieren, die nicht dazu beitragen, die Strukturen für die Mehrheit der unterdrückten und ausgebeuteten Bauern und Frauen ... zu verändern.“

Der Schering AG, so Spirgi weiter, gehe es vor allem um das „große Geschäft“. Die Absicht der Firma „war offensichtlich: den gigantischen ‚Fruchtbarkeits-Markt‘ mit ihren pharmazeutischen Produkten zu sättigen“.

Die GTZ indes mochte ihrem Mann in Dacca nicht folgen: Die Expertise enthalte teilweise falsche Zahlenangaben und sei überdies streckenweise „utopisch“.

Und mit Spirgis Konzeption konnten sich die GTZ-Leute schon gar nicht anfreunden. Abteilungsleiter Rolf Korte: „Die Alternative hieße, überhaupt kein Geburtenkontrollprogramm durchzuführen.“

Spirgi sieht das ganz anders. Er hat den mit 7000 Mark monatlich dotierten Job inzwischen gekündigt. ◆